

Carl Mayer (1819–1889)

Ein württembergischer Gegner Bismarcks. 1848er, Exilant, demokratischer Parteiführer und Parlamentarier

VON HANS PETER MÜLLER

Carl Mayer habe ich 2014 eine ausführliche Biographie gewidmet.¹ Seit 1848 gehörte er zu den herausragenden Politikern Württembergs. Hier soll – verspätet – an seinen 200. Geburtstag – er wurde am 9. September 1819 in Esslingen geboren – nochmals an ihn erinnert werden.

Elternhaus, Ausbildung, Berufsfindung

Sein 1786 im Kraichgau geborener Vater Carl begann 1803 in Tübingen sein Jurastudium und trat 1818 in den Staatsdienst. Er war seit 1819, dem Geburtsjahr des Sohnes, beim Gerichtshof in Esslingen. Mit Justinus Kerner und Ludwig Uhland eng befreundet schrieb er Gedichte ohne sich als großen Dichter zu sehen. 1818 heiratete er die Tochter eines Gymnasialprofessors, die sieben Kinder zur Welt brachte, nach Carl wurden noch sechs Töchter geboren. Sie verstarb bereits 1844, so dass der Vater zum Erzieher der Kinderschar wurde.

Carl jr. beendete seine Schulzeit 1837 am Stuttgarter Gymnasium und glänzte in Latein, Geschichte und Philosophie. Prägend war die bürgerlich-liberale Gesellschaft, in der er aufwuchs; Uhland und Kerner waren seine Taufpaten. Kaum aus eigener Neigung, sondern auf väterlichen Wunsch begann er 1837 sein Jurastudium in Tübingen. Dort wohnte er im Hause Uhland, wo er am schwäbischen Geistesleben teilnahm und zugleich mit schwäbischer Politik bekannt wurde. Er war Mitglied der politisch interessierten Burschenschaft und erweiterte seinen Freundeskreis, zu dem Ludwig Pfau, Julius Hölder und August Oesterlen u. v. a. gehörten – allesamt Aktivisten seit der Revolutionszeit.

1842 bestand Carl sein erstes juristisches Examen (gut), im Folgejahr legte er die zweite Dienstprüfung ab. Dienstliche Stationen waren Esslingen, Ulm und

¹ Mein Vortrag vom 4.12.2019 beim Historischen Verein für Württembergisch Franken fußt auf dieser Biografie. Alle Belege aus Quellen und Literatur sind dort zu finden. Hans Peter Müller: Carl Mayer (1819–1889) – ein württembergischer Gegner Bismarcks: 1848er, Exilant, demokratischer Parteiführer und Parlamentarier (VKfgL, B, 200). Stuttgart 2014.

Waiblingen. Ihm fehlte jedoch jegliche Neigung zur Juristerei; 1845 quittierte er zum Kummer des Vaters den Staatsdienst und orientierte sich neu.

Gelegenheit dazu bot ihm der Freund des Vaters, Karl Deffner († 1846), Besitzer einer Blechwarenfabrik in Esslingen und liberaler Landtagsabgeordneter. Er trat in dessen Firma ein und begann mit einer kaufmännischen Ausbildung. Die Verbindung zur Familie Deffner war eng, verlobte er sich doch mit der Tochter Berta, die jedoch bereits 1846 plötzlich verstarb. Mayer, der ihr innige Gedichte widmete, fiel in Krankheit und Depression. Diesen Zustand bekämpfte er durch berufliches Engagement und Auslandsreisen (Genf, Lyon, Paris); zugleich entwickelte er politische Aktivitäten. Er begleitete etwa Abgeordnete bei ihren Auftritten und gewann so in liberalen Kreisen ein gewisses Ansehen.

Daraus resultierte sein erster öffentlicher Auftritt im Februar 1847 in Stuttgart. Er erhielt den ehrenvollen Auftrag, anlässlich der Verleihung der Bürgerkrone an den Oppositionsführer Friedrich Römer, dem Idol der Liberalen, die Festrede zu halten. Er sprach ihm den Dank des Vaterlandes aus und bekannte sich zu den liberalen Bestrebungen. Für sich und seine politischen Freunde betonte er, dass nun die junge Generation an der Reihe sei, für die Freiheit einzutreten.

Der vormärzliche Liberalismus – die Opposition – bestand aus einer unorganisierten Gesinnungsgemeinschaft, die sich um den „Beobachter“, das Volksblatt aus Schwaben, scharte. Außer den „Regierungsmännern“ bekannten sich alle reformorientierten Parlamentarier (und Bürger) zu dieser Richtung, in der jedoch letztlich vielfältige Unterschiede und Ziele existierten. Dies sollte sich bald zeigen.

1848/49

Die Nachricht von der Revolution in Frankreich, wo im Februar 1848 die Republik ausgerufen wurde – für Uhland „der Sturm, der in die Zeit gefahren ist“ –, elektrisierte die gesamte Öffentlichkeit, zumal die Regierung sich so gleich reformbereit zeigte. Nach der Aufhebung der Pressezensur wurden zuvor langweilige Provinzblätter zur spannenden Lektüre. Das am 9. März eingesetzte „Märzministerium“ unter Friedrich Römer sagte die Erfüllung der Volkswünsche zu; Mayer sah den „Geist der Freiheit“ erwacht und trat in Esslingen an die Spitze der Bewegung als Initiator des Vaterländischen Vereins. Dieser organisierte sowohl die Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung – er wurde als Ersatzmann nominiert – und der anschließenden Landtagswahl. Inmitten vielfältiger Aktivitäten vermählte er sich im Frühjahr 1848 mit Emilie Zenneck, der Tochter eines wohlhabenden Kaufmanns.

Inzwischen traten die politischen Differenzen unter den Liberalen offen zu Tage. Im Stuttgarter Hauptverein aller Vaterländischen Vereine steuerte die Mehrheit einen konservativen Kurs, der die linke Minderheit zum Austritt und zur Gründung eines Volksvereins mit demokratischen Zielen veranlasste.

In einer von Mayer maßgeblich vorbereiteten Versammlung in Esslingen am 24. Juli wurde ein 15-köpfiger Landesausschuss als Leitungsorgan gewählt, der aus den inzwischen landesweit entstandenen Vereinen vierteljährlich neu zu bestimmen war. Mayer, mit der höchsten Stimmenzahl gewählt, besaß nun Statur auf Landesebene, zumal er auch an die Spitze des engeren, d. h. geschäftsführenden 7-köpfigen Ausschusses trat. Damit war die überfällige Trennung der Demokraten von den Altliberalen vollzogen.

Seit dem Spätsommer 1848 mündete die Euphorie der Demokraten, die das württembergische Märzministerium unterstützten, in Ernüchterung. Anlass war der Waffenstillstand von Malmö (26. August), der die Räumung Schleswig-Holsteins durch die Bundestruppen und die Ablösung der dortigen provisorischen Regierung zur Folge hatte. Im Handeln der National-Versammlung sahen die Demokraten und weite Volkskreise ein Zurückweichen vor der beginnenden Reaktion; der Landesausschuss spaltete sich wegen der radikalen Forderung nach einer Neuwahl des Frankfurter Parlaments. Mayer u. a. hielten dies für unrealistisch und gefährlich und lehnten eine Wiederwahl ab. Für ihn gab es außerhalb der Nationalversammlung „keine rettende Form“ für Deutschlands Einheit. Mayer verlagerte seine Aktivitäten und verfasste Aufrufe an die Landbewohner, um sie – mit Erfolg – zu aktivieren („Ohne Euch richten wir nichts aus!“). Er geißelte zugleich die geplante Schaffung eines preußischen Erbkaisertums als „Betrug“ an der Volksbewegung. Der inzwischen landesweit Bekannte, 1849 erneut in den weiteren u. engeren Landesausschuss gewählt, stellte sich dort vehement gegen die fortschreitende Reaktion. Die stark besuchte Ulmer Versammlung der Volksvereine vom 24.2.1849 sollte neue Akzente setzen. Dort wurde daher ein durch die nächste Nationalversammlung zu wählender Statthalter als Reichsoberhaupt gefordert.

In Württemberg sahen sich die Demokraten inzwischen in einen Zweifrontenkrieg verwickelt – wie bisher gegen die Altliberalen und nun auch gegen das von ihnen bisher unterstützte Märzministerium. Römer unterstellte ihnen letztlich republikanische, d. h. verfassungs- und regierungsfeindliche Ziele; Vorwürfe, die empört zurückgewiesen wurden. Ihrem bisherigen Idol Römer warfen sie u. a. vor, zum alten Liberalismus zurückgekehrt zu sein und ihnen und dem Volk zu misstrauen sowie Reformen versäumt zu haben. Die Krise blieb nicht auf Württemberg beschränkt, wurde doch Ende März dem preußischen König die erbliche Kaiserwürde angetragen; für Mayer ein „Verstoß“, der unglückliche Folgen haben werde. Dennoch müsse man den Beschluss akzeptieren. Allerdings sah Mayer die Rolle der Nationalversammlung äußerst pessimistisch und warnte, kritischer werdend, falls diese versage, werde das Volk „das Vaterland retten“. Nach Ablehnung der Krone durch den preußischen König begann im April die sog. Reichsverfassungskampagne, die sich vor allem gegen Preußen richtete, das für die Fürsten die letzte Entscheidung forderte. In Württemberg war es gelungen, das königliche Ja zu erreichen, der preußische Widerstand bestand jedoch fort.

In dieser dramatischen Situation lud der von den Linken der Paulskirche geschaffene Centralmärzverein die Delegierten der deutschen Volksvereine zum 6. Mai nach Frankfurt ein, um den militärischen Widerstand gegen Preußen zu organisieren. Mayer war einer der Delegierten Württembergs; ihm wurde die „Wehrhaftmachung“ des württembergischen Neckarkreises übertragen. Der Landesausschuss rief daraufhin die Vereine zur Landesversammlung nach Reutlingen. Die Großveranstaltung forderte u. a. Bündnisse mit Baden und der Pfalz sowie die allgemeine Volksbewaffnung. Mayer, inzwischen situationsbedingt auf dem Weg zum Revolutionär, hatte einen Aktionsplan entworfen, den er in einer chaotisch verlaufenden Wehrversammlung präsentierte (Wahl von Kommandanten, Beschaffung von Waffen etc.). Die offenbar weitgehend am Landesausschuss vorbei gefassten Beschlüsse hingen jedoch sozusagen in der Luft, gelangten jedoch zur Kenntnis der Regierung. So tickte eine „Zeitbombe“ gegen Mayer.

Inzwischen befand sich die Nationalversammlung in Auflösung. Nachdem die Abgeordneten aus Preußen und Österreich zurückgerufen worden waren, legte auch der Esslinger Vertreter Wurm sein Mandat nieder, Mayer reiste nach Frankfurt um dessen Nachfolge anzutreten. Dort erfuhr er, dass das verbliebene linke „Rumpfparlament“ den Umzug nach Stuttgart beschlossen hatte, was ihn zur sofortigen Rückreise veranlasste. Der nun die Volksvereine zur Bewaffnung aufrufende Landesausschuss – eine scheinbare Perspektive für Mayers Reutlinger Pläne eines Volks- bzw. Parlamentsheeres, das der neuen Exekutive, der Reichsregentschaft, unterstehen sollte. Dies stieß jedoch auf den Widerstand der württembergischen Regierung, die am 18. Juni unter unwürdigen Umständen Parlament und Regentschaft des Landes verwies. Mayer, nicht zum Aufgeben bereit, ging mit der Regentschaft nach Baden.

Seine letzte revolutionäre Aktion erfolgte im Bodenseeraum, wo er, zum Reichskommissar ernannt, erfolglos versuchte, Widerstand zu organisieren. Anfang Juli wurde er als Hochverräter steckbrieflich gesucht und entzog sich der Verhaftung durch Flucht in die Schweiz.

Im Exil

Obwohl er das ‚demokratische Musterland‘ bereits kannte, stellte das Exilantendasein für den Dreißigjährigen eine tiefe Zäsur dar, zumal die staatliche Rache ihn und weitere geflüchtete politische Freunde mit exorbitanten Strafen belegte. Er erhielt in Abwesenheit später 20 Jahre Zuchthaus.

Zunächst galt es, für das von Flüchtlingen überflutete Land für sich und seine nachgereiste Ehefrau mit Kind eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Obwohl Mayer als Parlamentarier privilegiert war, verlief dieser Prozess langwierig und kompliziert. Erst nach Leistung einer Kaution – er hatte glücklicherweise keine Geldsorgen – wurde der Aufenthalt bewilligt.

Die Familie zog nach Wabern bei Bern, wo Mayer an einer Schule unterrichtete, in lebhaftem brieflichen und persönlichen Verkehr mit Freunden stand, sich für deutsche Flüchtlinge engagierte und für sie aus der Heimat Spenden erbat. Eine politische Tätigkeit war verboten.

Während er häufig Besuche aus Württemberg empfing, kümmerte sich seine Frau rührend um diese häufig Bedrückten („Exilkrankheit“). Namentlich während der frühen Jahre brachte er schriftlich vielfach wirklichkeitsfremde Gedanken zu Papier. Er erwartete etwa eine neue Revolution und kritisierte heftig die Haltung seiner Freunde im Württemberg der Reaktionsjahre.

1852/53 zog die inzwischen vierköpfige Familie nach Neuchâtel. Dort gründete Mayer eine kleine Schmuckfabrik, die trotz einiger Rückschläge befriedigend lief. Mehrmals jährlich ging er auf Geschäftsreisen und fand zudem, obwohl er von einem Rückzug in einen „Winkel“ sprach, Schweizer Freunde. Auch war er Mitglied des Deutschen Clubs.

1862 näherte sich die Exilzeit ihrem Ende, war doch dank „gesetzlicher Verjährung“ eine Rückkehr möglich. Er nutzte dies zunächst zu zwei Reisen in die Heimat und knüpfte politische Kontakte. Nach der Auflösung der Firma kehrte die Familie Ende 1863 nach Stuttgart zurück. Ungebrochen und voller Tatendrang suchte Mayer den Neuanfang in der Politik. Der „Schweizer Freiheit“ bewahrte er lebenslange Bewunderung als „geliebter zweiter Heimat“. Viele ihrer Einrichtungen wie etwa das Milizsystem oder die kommunale und kantonale Selbstverwaltung wünschte er sich auch für Württemberg.

Der Neuanfang seit 1863

Der von seinen Freunden „mit offenen Armen“ Empfangene übernahm Anfang 1864 die Redaktion des „Beobachters“, den er zu „neuer Blüte“ führte. Die eigentliche Reaktionsära war in Württemberg überwunden; Altliberale und Demokraten hatten sich in einer brüchigen Allianz zur Fortschrittspartei vereint. Seit Ende 1863 wurde die schwelende Schleswig-Holstein-Frage anlässlich des dänischen Versuchs einer Einverleibung der Herzogtümer zur deutschlandweiten politischen Zentralfrage – und für die Demokraten zugleich zum Schlüssel ihrer Ziele, die in Versammlungen und publizistisch propagiert wurden.

War die Trennung von den Liberalen ein noch unausgesprochenes Vorhaben, so hatte Mayer eine Koalition der deutschen Mittel- und Kleinstaaten (mit eigenem Parlament und Milizheer) gegen die Sonderinteressen Preußens und Österreichs und die drohende „Borussifizierung“ Deutschlands gefordert. Schleswig-Holstein sollte als deutscher Staat etabliert werden – nach dem Hegemonialkrieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark 1864 beklagten die Demokraten dessen „Eroberung“.

Während die Landesversammlung der Volksvereine vom 27.12.1864 in Esslingen de facto die Etablierung der demokratischen Volkspartei brachte, wurde

die Triaspolitik als Mittel gegen den „Sturmlauf“ Bismarcks bekräftigt. Geführt wurde die Partei von dem Trio Mayer, Haussmann und Oesterlen; letzterer ebenfalls 1848er und versierter Parlamentarier, zudem Vorsitzender des Landeskomitees. Allerdings fungierte die „Beobachter“-Redaktion als eigentliche Zentrale.

Der wegen Schleswig-Holstein 1866 geführte Bruderkrieg brachte die Demokraten an die Seite der Regierung, die Österreich gegen Preußen unterstützte. Mayer sah in Bismarck den Friedens- und Rechtsbrecher, den Verräter Deutschlands und „Henker Schleswig-Holsteins“. Im Kontext des preußischen Sieges entstand nun die von Julius Hölder – dem Jugendfreund Mayers – geführte Deutsche Partei (DP) in Württemberg. Damit war die endgültige Trennung von den (National)liberalen vollzogen. Fortan standen sich die Volkspartei und die extrem propreußische DP als Gegner gegenüber.

Mayers Wirken bis 1870 galt dem Kampf gegen die „Verpreußung“. Der drohenden Heeresreform in Verbindung mit dem 1866 erzwungenen Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen begegneten die Demokraten einerseits mit der Forderung eines Milizheeres, andererseits sollte ein Südbund mit Baden und Bayern als Gegengewicht zum preußisch dominierten Norddeutschen Bund wirken. Bismarcks „Rachefeldzug“ gegen Mayer folgten – Gerichtsurteile wegen Verleumdung mit Strafen auf dem Asperg, später die erfundene Diffamierung als bezahlter französischer Agent. Innenpolitisch kämpften die Demokraten für Reformen im Bereich von Verfassung, Verwaltung und Militär. – Anfang 1868 begann ein bis ins Folgejahr andauernder parteiinterner Konflikt zwischen Mayer und Oesterlen um die Teilnahme an den Wahlen zum Zollparlament. Während ersterer ganz Exponent der ‚reinen Lehre‘, die Teilnahme als Anerkennung der Bismarck’schen „kleindeutschen Schöpfung“ verurteilte, plädierte Oesterlen für eine realpolitische Haltung, überlasse man doch sonst den Gegnern das Feld. Nachdem Mayers Position eine große Mehrheit fand, verließ Oesterlen das Landeskomitee und erklärte seine Kandidatur; er wolle in Berlin die „großpreußischen Tendenzen“ bekämpfen. Er und seine Mit-Disidenten errangen überall glänzende Siege gegen die erfolglosen Kandidaten der DP. Der Konflikt schwelte weiter, Oesterlen wurde vorgeworfen, gegen die „Parteidisziplin“ verstoßen zu haben. Während Mayer ihm ein langes Sündenregister präsentierte, honorierten die Haller Wähler Oesterlens dessen Verhalten als „Volksmann“ voll und ganz. Sein Ausscheiden aus dem volksparteilichen Club stellte für die Demokraten einen herben Verlust dar – er war Opfer des Dogmatismus von Mayer geworden.

Mit seiner „gereinigten“ Partei wirkte Mayer weiterhin im „Beobachter“, mit Versammlungen und Flugblättern an vielen Fronten. Als erklärter Nichtparlamentarier musste er zu einer Landtagskandidatur in Besigheim (Juli 1868) gedrängt werden und errang gegen die DP einen glänzenden Sieg. Im Wahlkampf artikulierte er das gesamte Parteiprogramm. Für den Südbund wollte er

das für ihn unverzichtbare Österreich gewinnen; der württembergischen Regierung warf er jahrelange Untätigkeit vor.

Der unrealistische Südbundplan floss auf Betreiben der Württemberger auch in die Ziele der 1867 gegründeten Deutschen Volkspartei (DVP) ein. Zudem versuchten die Demokraten, die werdende Arbeiterpartei auf ihre Seite zu ziehen. Bei einem Besuch Bebels in Stuttgart 1869 betonte Mayer hoffnungsvoll die gemeinsamen Ziele. Obwohl die Demokraten bisher kaum reale Erfolge verbuchen konnten, hatten sie dank ihrer populären Forderungen inzwischen die politische Meinungsführerschaft im Lande erringen können.

So proklamierte Mayer zu Beginn des Schicksalsjahres 1870 den „Kampf“ gegen die württembergische Regierung, zu dem man gut gerüstet sei. Als Kampffeld sollte das verhasste Kriegsdienstgesetz dienen, gegen das auf landesweiten Volksversammlungen über 140 000 Unterschriften gesammelt wurden. Die Regierung sagte zwar eine Überprüfung der Militärausgaben zu, verweigerte jedoch zum Zorn der Demokraten eine Debatte im Landtag.

Gegen diese Kampfansage reagierten sie mit weiteren Protestversammlungen – ein ernster Konflikt während der nächsten Kammersitzung schien bevorzustehen. Die drohende Gefahr eines Krieges mit Frankreich änderte im Sommer die Situation total. Der von Bismarck inszenierte Konflikt wurde als Bedrohung durch den angeblichen Kriegstreiber Frankreich dargestellt, die DP setzte sich an die Spitze der Bewegung; die gegen den Krieg kämpfenden Demokraten verloren über Nacht gegen den organisierten Chauvinismus ihre bisherige Schlüsselstellung.

Der für eine süddeutsche Neutralität plädierende Mayer wurde beim Betreten der Kammer mit Pfui-Rufen bedacht und bedroht und stimmte in aussichtsloser Lage für die Kriegskredite. Resigniert beklagte er das Scheitern der Friedenspolitik. Im Dezember verlor er sein Landtagsmandat und legte die Redaktion des „Beobachters“ nieder. Nach 1849 erlebte er so einen zweiten tiefen Einschnitt seines Politikerlebens.

Im Deutschen Reich

Dem Absturz der als Reichsfeinde gebrandmarkten Demokraten folgte eine jahrelange Krise, ablesbar an der erfolglosen Teilnahme an den Reichstagswahlen 1871 und dem Abonnementsschwund beim „Beobachter“. Für die zunächst kaum präsente Partei formulierte Mayer die Devise, angesichts der „patriotischen Ekstase“ gelte es, gegnerische Fehler und die Ernüchterung über den „Scheinconstitutionalismus“ abzuwarten. 1875/76 endete das Schattendasein. Mayer absolvierte wieder zahlreiche Auftritte, man agitierte gegen die – gescheiterte – Strafgesetznovelle, forderte Diäten für die Reichstagsabgeordneten oder feierte den verstorbenen Ferdinand Freiligrath als „Sänger der Freiheit“. Preußens Gesandter in Stuttgart berichtete, Mayer sei „wie ein Sturm-

vogel“ wieder präsent. So konnte er 1876, vom Arbeiterverein unterstützt, den Landtagssitz für Esslingen erringen. In der Kammer lobte er sogar einige Regierungsprojekte, setzte sich für soziale Themen ein und kritisierte Bismarcks Sozialistengesetz. Dennoch verlor er 1882 sein Mandat.

Nach einer gescheiterten Reichstagskandidatur 1878 bewarb er sich 1881 erneut um einen Sitz für den XII. Wahlkreis Crailsheim; die Alternative laute „Konstitutionalismus“ oder „Absolutismus mit parlamentarischen Formen“, den sein Gegner, Fürst Hugo von Hohenlohe, vertrete. Der überaus erbitterte Wahlkampf, bei dem das gesamte ‚Establishment‘ für den Fürsten agitierte, brachte zunächst ein Patt, in der Stichwahl konnte Mayer einen deutlichen Sieg erringen. Während die kleine Gruppe der DVP nur selten Rederecht erhielt, wettete Mayer gegen das – gescheiterte – Tabakmonopol oder die zu hohen Offizierspensionen. Freund und Feind waren über sein Lob der Reichshauptstadt erstaunt – sein Widerstand galt schließlich nur dem „System“ Bismarck.

Das positive Echo, das er bei seinen Wählern fand, bewog ihn, 1884 erneut zu kandidieren. Gegen seinen wiederum vom ‚Establishment‘ unterstützten Kontrahenten, einen Revierförster, konnte er einen knappen Sieg erringen. Im Reichstag bekämpfte er Versuche zur Verlängerung der Legislaturperioden als undemokratisch und hielt eine beeindruckende Rede gegen die Fortsetzung des Sozialistengesetzes – es mache Millionen zu „Vogelfreien“, schüre den Klassenhass und treibe durch die „ungeheuerlichen Ausweisungen“ viele Familien in den Ruin.

Die 1887 vor dem Hintergrund der Nichtverlängerung des Wehretats mit erhöhter Militärpräsenz erfolgte Auflösung des Reichstags führte zu einer „Angstwahl“, bei der der Kanzler wiederum die angeblich drohende Kriegsgefahr mit Frankreich instrumentalisierte. Mayers Gegner, darunter zahlreiche evangelische Kirchenmänner, attackierten ihn vehement als Franzosenfreund – er unterlag so einem demagogischen Trommelfeuer. Damit war seine parlamentarische Laufbahn beendet. Er war keineswegs verbittert, wollte er doch sein Mandat ohnehin aufgeben. Grund waren die geringen Einflussmöglichkeiten seiner Partei, aber auch Differenzen zwischen den Württembergern und den Frankfurtern. Letztere warfen den Schwaben Partikularismus und ‚manchesterliche Neigungen‘ vor.

Er nahm sich zunächst Zeit für seine – hier nicht zu behandelnden – dichterischen Neigungen – 1888 erschien sein Schauspiel „Die Weiber von Schorndorf“. Dennoch blieb er unumstrittener Parteiführer, der mit dem „Wegweiser“ einen Kalender initiierte, der über Jahrzehnte demokratische Ziele propagierte. Immer wieder rief er erfolgreich zur Gründung von Volksvereinen auf und sorgte für das Nachrücken der jungen Garde – dem ‚Kronprinzen‘ Friedrich Payer und den Haussmann-Zwillingen, den kommenden Führern.

Nachdem er 1888 eine Lungenentzündung überwunden hatte, prognostizierte er im März 1889 für Württemberg ein „Vorwärts zur Freiheit und zum Licht“. Dank der neugegründeten Vereine sah er für die Zukunft die „großen Freiheitsgüter“ gewahrt. (Der große Erfolg bei den Landtagswahlen 1895 hatte seine Prognose bestätigt.)

Ab April 1889 erschienen dann über Monate alarmierende Presseberichte über sein schmerzvolles Fußleiden. Sein Fuß musste abgenommen werden und er war meist ohne Bewusstsein. Am 14. Oktober 1889 verstarb er in Stuttgart kurz nach seinem 70. Geburtstag und hinterließ neben der Gattin zwei Söhne und drei Töchter.

Der lange Nachruf im „Beobachter“ hob hervor, sein Name werde in Württemberg noch präsent sein, wenn seine Gegner und Verfolger längst vergessen seien. Während ihm ein Provinzblatt „die Achtung von Freund und Feind“ bescheinigte, würdigte der „Merkur“ zwar seine „leuchtenden Eigenschaften“, er habe jedoch in der Politik mitunter bewiesen, „wie man es nicht machen sollte“.

Seine Beisetzung auf dem Fangelsbachfriedhof war eine eindrucksvolle Demonstration.

„Tausende“ – auch Nichtwürttemberger – säumten sein Grab. Payer betonte in einer langen Rede, jedes Parteimitglied habe sich „als sein Freund“ gefühlt. Rückschläge hätten ihn nie abgehalten, „das Evangelium“ der Menschen- und Volksrechte und des Friedens zu verkünden.

Eine Würdigung

Als Mayer ins politische Leben eintrat muss er geahnt haben, dass ihm ein dornenvoller Weg bevorstand, zitierte er doch 1847 seinen verehrten Patenonkel Uhland mit den Worten: „Der Dienst der Freiheit ist ein strenger Dienst, er trägt nicht Gold, er trägt nicht Fürstengunst, er bringt Verbannung, Hunger, Schmach und Tod.“ (Trauerspiel: Ernst, Herzog von Schwaben).

Sein „Lohn“ bestand letztlich nur darin, dass er über seinen Tod hinaus die Verehrung seiner Parteigenossen bis hin zu Theodor Heuss erfuhr. Auf den Politiker aus Leidenschaft, den Volks- und Freiheitsmann und geborenen Agitator traf das Wort vom ‚Männerstolz vor Fürstenkronen‘ voll zu; ohnehin war er im Herzen Republikaner.

Machte ihn der „Fürstenverrat“ von 1849 zum Revolutionär, der bis in die frühen 50er Jahre auf eine zweite Revolution hoffte, so formten dann seine Schweizer Erfahrungen sein Denken und Handeln nachhaltig. Das „System Bismarck“ und die „Verpreußung“ – nie trat er gegen die Menschen Preußens auf –, der im Reich praktizierte „Scheinkonstitutionalismus“ waren unvereinbar mit seinem ausgeprägten Föderalismus und seinem naturrechtlich begründeten Einsatz für Freiheits- und Bürgerrechte. Für seinen kompromisslosen Kampf „zahlte“ er mit kurzen Haftzeiten auf dem Hohenasperg, mit Diffamierungen als bezahlter französischer Agent oder als Reichsfeind.

Mitunter behandelte er Themen sarkastisch: Angesichts des namentlich in Württemberg herrschenden Kolonialenthusiasmus erklärte er diesen mit dem Volkscharakter. Höre man hier „vom blauen Meer und von weiter Ferne, so gehe gerne der Verstand durch“, man erwarte „große Wohltaten und Vorteile“.

Mayer soll keineswegs glorifiziert werden. Während sein Politikstil weit mehr zur Ideal- als zur Realpolitik neigte (Südbundpläne) und Kompromisse nicht seine Sache waren, zeigte etwa der Fall Oesterlen eine von Rigorismus, ja Dogmatismus geprägte Haltung. Auch war er, ungeachtet seines Engagements für Revolutionsflüchtlinge, kein Sozialpolitiker.

Während der Dichter unbehandelt bleibt, wird der Privatmann als liebevoller Gatte und Vater, glänzender und liebenswürdiger Gesellschafter sowie als Naturfreund geschildert. Für seine Gattin gilt, dass sie in der Schweiz als Trösterin und Helferin leidender Exilanten wirkte und ihren Ehemann vorbehaltlos unterstützte. Der Kämpfer für ein besseres Deutschland hat es verdient, nicht in Vergessenheit zu geraten. Ihm gebührt ein Ehrenplatz in unserer demokratischen Ahnengalerie.